

Und wenn sie auch über die Redaktion des „Vorwärts“ allerlei törichtes Geschrei machen.“

Ein Sprichwort sagt: Gackpad schlägt sich; Gackpad vertritt sich.

* **Militärische Maßnahmen in den Reichsländern.** Das Reichsjustizministerium, die Leipziger Zeitung, veröffentlicht ein Telegramm aus Berlin, das einen offiziellen Charakter trägt: Die Vorgänge in Bayern dürften eine eingehende Prüfung verschiedener militärischer Fragen im Gefolge haben, die im Verlaufe der Verhandlungen über diese Angelegenheit hervorgetreten sind. Daß man von dem früheren Brauch, die elsass-lothringischen Rekruten außerhalb der Reichsländer dienen zu lassen, abgegangen ist, hat die bedenkliche Erscheinung gezeigt, daß die Rekruten des 99. Regiments in Bayern sich an den Kundgebungen in der Stadt beteiligten. Man wird daher, wie in militärischen Kreisen verlautet, vermutlich wieder zu der alten Praxis zurückkehren. Auch wird man sich bei der Einstellung der mehrjährig freiwilligen die Leute etwas näher auf bis heriges Verhalten anheben, da ja nach der Wehrordnung der Regimentskommandeure über die Einstellung selbständig zu entscheiden hat. Die einjährige Freiwilligen werden hiervon nicht berührt.

* **Paris, 15. Jan.** Am Reichstage erklärte Staatssekretär Delbrück auf die Anfrage des Präsidenten, ob und wann der Reichskanzler die sozialdemokratische und die heute eingegangene völkisch-patriotische Interpellation über Bayern beantworten wolle, der Reichskanzler sei bereit, die beiden Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere eingeleitete Verfahren zu einem rechtskräftigen Abschluß gekommen sei.

Krankreich.

Der Abg. Abbé Lemire.

Paris, 13. Jan. Die Wahl des Vizepräsidenten der Kammer gab zu einer bemerkenswerten Kundgebung der radikalen Partei Anlaß. Der katholisch-demokratische Deputierte Abbé Lemire, welcher gegenwärtig von dem Bischof von Lille mit der Kommunikation bestraft wird, wurde trotz des lebhaften Widerstandes der Konservativen und Nationalisten von den Radikalen als Kandidat für das Amt eines der vier Vizepräsidenten aufgestellt und nach zwei Wahlgängen mit 275 Stimmen gewählt. Dies wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Wahl des Abbé Lemire zum Vizepräsidenten der Kammer wird von der konservativen Presse auf das Schärfste getadelt.

Balkanstaaten.

Seine Befreiung der Christen vom Militärdienst.

Konstantinopel, 13. Jan. Wie die Blätter melden, hat der Kriegsminister Enver Pascha bei seinem gestrigen Besuch bei dem armenischen Patriarchen erklärt, er teile nicht die Ansicht seines Vorgängers betr. die Befreiung der Christen vom Militärdienste. Er hat den darauf bezüglichen Gesetzentwurf zurückgezogen behufs entsprechender Änderung. — Das ist in wenigen Monaten nun schon die zweite Veränderung in dieser einschneidenden Bestimmung; eine dritte Änderung ist nach dem Sturze Envers sicher zu erwarten. Ein Witzwort in Germanisch:

Marshall Liman von Sanders.

Konstantinopel, 14. Jan. Der türk. „Tanin“ kündigt an, daß General Liman v. Sanders forsch von deutschen Kaiser zum General der Kavallerie befördert wurde. Das offizielle Blatt bemerkt zu dieser Beförderung, daß nach den Vereinbarungen General Liman von Sanders einen um einen Grad höheren Rang in der türkischen Armee erhalten müsse. Es könnte seine Beförderung zum Marschall bevor. Für einen Marschall sei aber das Kommando eines Armeekorps nicht seinem Rang entsprechend, deshalb müsse die Ernennung eines anderen Kommandanten des ersten Korps erwogen werden. Liman erhält jedenfalls eine Armeekorpsinspektion. Die russischen Kreise dürften mit dieser Lösung befriedigt sein. „Tanin“ wird gemeldet, daß Liman obige Beförderung erhielt u. daß General Fati Pascha zum Kommandeur des ersten Korps ausgerufen ist.

Reichstags-Verhandlungen.

CPC. Berlin, 15. Januar.
(191. Sitzung.)

Eröffnung: 1¼ Uhr.

Erste Beratung über den Gesetzentwurf betr.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ministerialdirektor Dr. Caspar begründet die Vorlage, die eine Anzahl der jetzt für die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geltenden

bestimmungen — jeder, der in unsere Hände fiel, wurde in einen Schraubstock von Fragen eingeklemmt, die leiseste Regung seines Körpers und seiner Seele mußte er uns entlocken, und eine solche geistige Tortur durchmachen, daß er schließlich wie alle Opfer dieser Methode zugab, was wir verlangten. O wie stolz fürzten wir dann zum Lae, daß, um unsere Entdeckung mitzuteilen, es war immer der falsche, nie der richtige „Andere“. Dabei wurden wir beide immer nervöser und erregter, besonders, da sich mit der Zeit unsere Forderungen immer schwieriger gestalteten: die Wodageit ließen sich nicht mehr so geduldig ausforschen wie zu Anfang, und es war gar nicht selten, daß wir ein-ergisch abgewimmelt wurden. Aber das störte uns nicht; wir festen beharrlich unsere Forderungen nach dem „Anderen“ fort, und erst als uns eines Tages, als wir auf der Promenade erlitten, der laute lachende Ruf begrüßte: „Hier ist er nicht, der „Andere“, den uns alle Herren und auch Damen entgegenriefen, gab Walfrid die Suche auf und reichte ab. Außerdem hatte ihn ein Freund zur Wärenjagd eingeladen.

Auch meines Lebens war nicht mehr lange; aber ehe ich abreiste, ging ich nochmals zum W. Dr. Dr. Herr Doktor, sagte ich, Walfrid ist abgereist, Sie haben keinen Grund, mir den Namen des „Anderen“ zu verschweigen, ich muß mir den Dummkopf ansehen, der ferngesehen und sich einbildet, krank zu sein.

„Den sollen Sie kennen lernen!“ rief der W. Dr. lachend; „also Sie wissen wirklich nicht, wer der „Andere“ ist?“

„Nein, und ich bin sehr neugierig, den Namen dieses Menschen zu erfahren, der dumm genug ist, sich selbst zu betrügen, sich selbst für krank zu halten, wenn er gesund ist, solche Menschen gibt es meiner Ansicht nach gar nicht — nun heraus mit der Wahrheit! Wer ist der Rart?“ — „Wer der Rart ist — haben Sie's noch nicht gemerkt?“ rief der Doktor lachend. „Sie selbst, mein Lieber, Sie selbst!“ im nächsten Augenblick war er verschwunden.

Bestimmungen zu einem Gesetz zusammenfassen und die zwischen den Bedürfnissen der kausenden Landbevölkerung und den Forderungen der Angestellten einen Ausgleich schaffen will.

Abg. Bender (Soz.) erklärt die Vorlage als unzureichend.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der vorliegende Entwurf soll uns wieder einen Fortschritt bringen. Es ist zu bedauern, daß er sich lediglich auf das Handelsgewerbe beschränkt. In einer ganzen Reihe von Industrien würde es sehr zu möglich sein, die Sonntagsruhe noch mehr durchzuführen. Auch der Zeitpunkt ist ungünstig. Die Vorlage selbst ist ungenügend und schablonenhaft und mit manchen Vorschriften überburt unannehmbar. Es wird erst Arbeit in der Kommission bedürfen, um ein allen Interessen gerecht werdendes Gesetz aus dem Entwurf herauszuarbeiten. Die zunächst Beteiligten hätten zur Beratung herbeigezogen werden müssen. Der sozialdemokratische Wunsch auf völlige Sonntagsruhe ist schon im Hinblick auf den Kaufmann in der Kleinstadt unannehmbar. Auch würde durch ein solches Gesetz eine gewaltige Ausdehnung des großkapitalistischen Unternehmertums u. eine gewaltige Zunahme d. Konsumhandels namentlich auf dem Lande, anbahnt werden. Für eine Regelung, die auf ein vollständiges Verbot der Sonntagsarbeit hinausläuft, fehlen heute noch die Voraussetzungen. Wir empfehlen eine Abschnürung der Arbeitszeit entsprechend der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden mit einer völligen Durchföhrung der Sonntagsruhe in den Großstädten. Dort, wo durch Ortsstatut bereits eine weitgehende Sonntagsruhe als die in der Vorlage vorgesehene existiert, muß diese Regelung beibehalten werden. Der Kreis der Personen muß vor allem die Interessen des Mittelstandes Berücksichtigung finden.

Abg. List-Görling (natl.) erklärt, daß der vorliegende Entwurf einen großen Fortschritt bedeute, insbesondere insofern, als er die Zahl der Arbeitsstunden bedeutend einschränkt.

Abg. Graf v. Cramm (kons.) tritt für eine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes auf dem Lande und in den kleineren Städten ein.

Abg. Gausser (Vot.) ist mit dem Gesetzentwurf einverstanden, aber gegen ein Privileg zugunsten der Juden, wie es § 3 darstellt.

Abg. W. u. m. (wirtsch. Baz.) ist ebenfalls gegen eine Ausnahmebestimmung zugunsten der Juden und wünscht, daß der Präsidialbefehl am Samstag immer mehr ausgedehnt werde.

Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen und Fortsetzung. — Schluß: 6 Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

CPC. Berlin, 15. Januar.

(5. Sitzung.)

Eröffnung: 10¼ Uhr.

Abg. Dr. v. Seydewitz (kons.): Meine politischen Freunde halten es nicht für richtig, den Gemeinden, die den obligatorischen Religionsunterricht einführen möchten, durch die Regierung entgegenzutreten. Diese sollte den Boden für die religiöse Aufstellung harten. Die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage ist durchaus Sache der Regierung. War bedarf das preussische Wahlrecht in vielen Dingen der Ergänzung, aber es ist eines der besten Wahlrechte. Die Freisinnigen mögen doch zuerst einmal einen Versuch mit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts in den Städten machen. In der Veröffentlichung hat Herr v. Nowak nur von seinem Rechte, in rein sachlicher Weise seine juristische Meinung zu sagen, Gebrauch gemacht. Sein Amtscharakter ist ohne seinen Willen mitverpflichtet worden. Er ist jedenfalls einer der tüchtigsten Beamten des preussischen Staates, von dem wir uns noch Großes versprechen. Auch wir freuen uns über das Kartell der schaffenden Stände und wünschen, daß auch die Arbeiterinteressen in diesem Kartell in geeigneter Weise vertreten sein möchten. Die nationalliberale Partei, die sich hier für den Schutz der nationalen Arbeit so energisch ausgesprochen hat, möge diesen Standpunkt auch bei ihrer Fraktion des Reichstages vertreten. Von einer grundsätzlichen Industrie-feindschaft sind wir sehr weit fern und wie ich sehe, sind wir in den wesentlichen Dingen derselben Ansicht und wirtschaftliche Kämpfe werden uns nicht trennen. Wir haben niemals an der Loyalität des Herzogs von Braunschweig gezweifelt und nur die wirtsch. Agitation hat uns mit Sorge erfüllt. Einen völligen Bericht des Herzogs von Cumberland habe ich nie als unbedingt notwendig empfunden. Aber ob es nötig gewesen wäre, mehr als jetzt zu verlangen, muß die Zukunft zeigen, in der hoffentlich die preussische Regierung die schwere Verantwortung wird tragen können. Im Falle Bayern hat der preussische Landtag ein Recht, mitzusprechen. Uns hat die Entwicklung der Dinge Recht gegeben. Die nationalliberalen Strömungen in Elsass-Lothringen sind nicht zu unterschätzen. Die Gestalt, die die ganze Organisation der Behörden dort angenommen, ist unbefriedigend und wäre sie auf ihrem Platz gewesen, so wäre die Sache nicht so verlaufen. Wir stehen hinter unserm preussischen Heere. Die Schuld auf den Reichskanzler abzuladen, wie es die Nationalliberalen getan haben, ist ungerecht, da dieser in Bezug auf eine Verschlebung des Militärs mehr zugestanden, als das Gerichts-urteil konstatiert hat. Es ist ohne falsche Darstellung des Ministerpräsidenten, daß wir durch die Ablehnung der Beistehende dem Reiche etwas verlor haben. Auch bei ihrer Ablehnung war jede militärische Forderung bis zum 1. Januar 1916 gesichert und es hätten evtl. dann die Materialbeiträge herangezogen werden können. Durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer 1909 ist die große Finanzreform ins Auge gefaßt, durch die unser Reichs-etat heute so glänzend dasteht, und die auch der Armee und Marine zugute kommt. Die Ausführungen des Reichskanzlers entsprechen nicht der Gerechtigkeit und Wahrheit. Ueber die Tragweite des Antrages Erzberger-Wassermann sind selbst die Regierungen nicht einig. Wir haben jedenfalls niemals ein altes „Unannehmbar“, wie es der Reichskanzler gebort haben will, ausgesprochen, sondern sind der Regierung Schritt für Schritt näher getreten. Wenn wir die „liberale“ Politik des Ministerpräsidenten nicht genügend unterstützen, so ist das verständlich, aber wir können nicht gegen unsere Ueberzeugung handeln. Die Regierung hat ihre Vorlage jedenfalls nicht genügend verteidigt. Es hätte keine Partei im Reichstage gewagt, im Hinblick auf die Stimmung des Volkes auf die Dauer Widerstand zu leisten und bei einer Reichstagsauflösung wäre die Sozialdemokratie am schlechtesten weggekommen. Verhandlungsweise ist, daß in Zukunft im Reichstage keine Partei indirekte Steuern bewil-

ligen wird, da diese befürchten muß, seitens der Regierung keine Unterstützung zu finden. Den Beistehenden zu bestreiten, ist unmöglich. Ein Eingreifen in die Rechtssphäre der Einzelstaaten dürfen wir nicht billigen. Soweit die preuß. u. deutsche Reichsregierung Wege wendet, die zum Wohle des Staates und Reiches dienlich sind, werden wir sie kräftig unterstützen. (Langanhaltender Beifall und Handklatzen rechts.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Nach meinen Anschauungen ist der Reichskanzler den Forderungen beider Häuser gerecht geworden. Wir lassen uns bei unserer Gesamtpolitik im Reichstage und im Landtage nur leiten von der Pflicht und Ueberzeugung, denn, wie der sozialdemokratische Redner richtig ausführt, die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen keine Aussicht auf Erfolg habe, so sind mir die politischen und freisinnigen Anträge unüberwindlich. Auch ich habe mit dem g.öheren Teil meiner Fraktion für die Reichsvereinsgewerbesteuer gestimmt und zwar icheren Herzens. Entgegen den Ausführungen des Finanzministers erwidere ich in der Einziehung des Kindesbros den größten Nachteil des Gesetzes. Der bedauerliche Miß, der durch unsere Rati-n geht, ist nur durch den Bankrott der Erbschaftssteuer hervorgerufen worden. Wir stimmen den b.zeitlichen Ministerpräsidenten voll bei, daß es mit der Schaffung neuer Steuern, mit Ausb. n und Kosten nicht so weitergehen darf. Das Stat.t. der schaffenden Arbeit begrüßen auch wir, haben aber den dringenden Wunsch, daß sich derat.g. Vereinigungen von sozial-reformfeindlichen Bestrebungen freihalten. Unsere Paritätsfragen sind alt. Die Gründe zur Rechtfertigung der Parität, die im ganzen preussischen Staate b. s. t. b. änen wir nicht anerkennen. Wir verlangen keine mechanische Parität, aber wir müssen verlangen, daß man keinen Beamten wegen seines lat. t. s. n. Glaubensbekenntnisses oder seiner Zugehörigkeit zur Zentrumspartei ablehnt. Katholische Amter sind in den höheren Beamtenst. u. n. r. d. d. vorhanden. Besonders in den Selbstverwaltungskörpern muß die Parität endlich durchgedr. Ja, der brandenburgische Frage können wir m. dem Ministerpräsidenten überein. Bei dem Fall Bayern ist von unserm ersten Fraktionsredner keine Erwähnung getan, weil wir nicht in die Zuständigkeit des Reichstages, der allen die voll. Verantwortung tragen muß, eingreifen wollen. Die Kritik des Abg. Bell aber ist u. gerecht u. angutreffend. Vor allem sollte man aus den A-hängern einer andern Auffassung demokratische Neigungen unterdrücken. Der Abg. Jöhren hat keineswegs „... ver. l. e. e. a. d. l. u. g. e. n. g. e. r. i. f. f. e. n.“ gesagt, er hat nur gesagt: „Unter Jöwe wird es sein, die e-ngetretenen Schäden zu heilen. Uns geht nicht das Gefühl der Autorität ab und wir möchten voll die Bedeutung des Militärs.“ Bei dem Wahlrecht-votum handelt es sich lediglich darum, daß wir d. r. Haltung des Reichstages nicht zustimmen können. Es ist interessant und zugleich für uns e. Stellungnahme bezeichnend, daß in den ganzen Ausführungen des Reichskanzlers und des Finanzministers über d. rechtliche Grundlage mit keiner Silbe erwähnt ist und auch von keiner einzigen gesetzlichen Bestimmung gesprochen worden. H. D. n. wäre der Reichstag betriebl. geteilt und in seiner Wehrbeit zu einer andern Auffassung gekommen. Wir müssen es ablehnen, überhaupt darüber zu debattieren, daß unsere Stellungnahme in irgend einer Frage von der Sozial. o. rotie abhängig gemacht wird. An die Schaffung eines Parlamentarismus denken wir nicht und haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir die Bedeutung unserer Armee und unseres bewährten Offizierskorps zu schätzen wissen und auch g. g. n. ungerechte Angriffe verteidigen werden. Für d. b. dauerliche Ausbreitungen in Bayern kann man nicht ohne weiteres seine ganze Bevölkerung oder gar d. e. n. Elsass-Lothringen verantwortlich machen. Um ähnliche Vorgänge künftig zu verhüten, ist hauptsächlich die Frage Harzst. u. n. Welche Rechte hat der Offizier und Soldat bei einem Angriff oder einer Beleidigung? und: Wann darf die Militärbehörde auch ohne Anforder. der Zivilbehörde die Polizeigewalt an sich nehmen? (Beih. Beifall.)

Abg. Dr. Schiffer (natl.) spricht zunächst seine Befürchtung über die immerw. reißende Lösung der Wehrfrage aus und rechtfertigt die Haltung der Reichstagsmehrheit in Sachen der Wehrfrage. Mit der Belastung des Beistehes kann es so nicht weitergehen und bei neuen großen Klüftungsanforderungen werden wir uns wohl mit der Einführung von Monopolen befriedigen müssen. Das Bedürfnis nach einer Wehrreform erkennen wir nach wie vor an. In der Rahmenangelegenheit sind wir mit der Reichstagsfraktion einig.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich werde darin meinen Verus fortwährend sehen, das preussische Staatswesen zum Ausdruck zu bringen in den Gesetzen des Reiches und der ganzen deutschen Gesamtheit. Gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Seydewitz betone ich, daß nicht in meiner Art liegt, meine Verantwortung auf irgend einen anderen Menschen oder irgendeine andere Partei abzugeben. Das Wohlwollen des Volkes ist der einzige Imperativ für meine sämtlichen Handlungen. Da möchte ich bitten, mit den Vorwürfen der Schwäche, der Passivität, des Gleitenlassens der Fingel am Boden doch etwas vorsichtiger zu sein. Man soll meines Erachtens etwas vorsichtiger sein, über Reichsangelegenheiten zu sprechen, sonst kommt man dazu, Menschen oder Parteien Vorwürfe zu machen, die sich hier im Landtage nicht selber vertreten können. Das betrifft auch die Vorwürfe des Abg. Seydewitz gegen den Reichstagspräsidenten. Meiner Meinung ist die Zeit, in der wir leben, viel zu ernst, als daß wir uns zanken sollten. (Bravo!) Der Antrag Wassermann-Erzberger erwägt die verbündeten Regierungen zu einem allgemeinen Beistehereinfach. Wir haben unsere Vorlagen so lange vertreten, wie wir es konnten und die Konservativen hätten von vornherein und durch alle Stadien der Sache der Regierung eine ganz andere Unterstützung neben müssen. Ich habe davon abgesehen, die Konservativen hätten gesagt, die Regierungsvorlage wäre unannehmbar. Das ist unrichtig, und ist mir in der Höhe des Gesetzes unterlaufen. Aber meines Erachtens nach hat die konservative Partei tatsächlich bei den damaligen Verhandlungen den Moment verpaßt, wo sie mit ihren Bedenken gegen die Regierungsvorlage zurücktreten mußte. Die Wehrvorlage und die Wehrreformvorlage wären für mich ein viel zu ernster, nationaler Gegenstand, als daß ich ihn hätte töricht unter dem Gesichtspunkt einer Reichstagsauflösung behandeln können und ihn in dem Moment etwas aufzulösen, wo die Wehrvorla-

und der Wehrbeitrag bis zur Besitzenerfrage durchgeführt war, wäre ein faktisch grober Fehler gewesen. Auch hätten wir bei einer Auflösung der Wehrvorlage bis zum 1. Oktober nicht durchgeführt. Wenn die einzelnen bürgerlichen Parteien in ihrer Haltung zur Regierung sich immer des beiderseitigen Verantwortlichkeitsgefühls, das Beste des Landes zu fördern, bewußt bleiben, dann werden wir auch bei den beständigen sachlichen Differenzen niemals zu Zuständen kommen, die in den gegenwärtigen ernsten Tagen und Zeiten das Vaterland gefährden. (Bravo!)

Abg. v. Bonna (fr.) glaubt feststellen zu müssen, daß die Schuld an den Vorgängen in Bayern die Presse ohne Ausnahme trage.

Abg. B. a. n. i. d. e. (Vot.) glaubt aus der Rede des Abg. Seydewitz einen den Ministerpräsidenten verschärfenden Ton herauszuhören. Der Grundton der konservativen Reden laufe auf eine Auflösung des Reichstages hinaus. Es sei eine politische Tat, daß der Ministerpräsident den Konservativen entgegengetreten sei. Das Wahlrecht sei Preußens Unheil. Eine Kabinettsorder aus vorparlamentarischer Zeit könne heute unmöglich mehr Rechtskraft haben.

Darauf wird ein Schluß-troa angenommen und der Etat steht an die V. a. e. k. o. m. m. i. s. s. i. o. n. Sonntag 11 Uhr: Wohnungsgesetzentwurf. Schluß: 4¼ Uhr.

Local.

Limburg, 16. Januar.

= Die Beisetzung des Herrn Weigertordnen

Herrmann Jos. Schmidt

am gestrigen Nachmittag gestaltete sich zu einer ergreifenden Kundgebung der Sympathie und Werthschätzung, deren sich der Entschlafene in weiten Kreisen zu erfreuen hatte. Den imposanten Trauerzug eröffneten Abordnungen des kathol. Lehrlingsvereins, des kathol. Kaufm. Vereins Laetitia und des kathol. Gesellenvereins mit umflorten Fahnen. Dem von Vertretern der hiesigen Schutzmannschaft flankierten Zuge folgten die Verwandten des Verstorbenen, Herr Bürgermeister Goerten, der Magistrat der Stadt Limburg, das Stadtverordnetenkollegium und die hiesigen Beamten. Auch zahlreiche Vertreter der übrigen hiesigen aufgestellten Behörden bemerkten wir in dem Zuge. Außer dem Hochwürdigsten Herrn Bischof Augustinus, der begleitet war von Herrn Domkapitular Geistl. Rat Striech, nahmen die Herren Geh. Oberjustizrat Landgerichtspräsident de Riem, Oberstleutnant u. Bezirkskommandant Heinrichsen, Gymnasialdirektor Bedmann u. a. an dem Kondukt teil. Die Beerdigung nahm Herr Stadtpfarrer Geistl. Rat Tripp vor. Herr Bürgermeister Goerten widmete am Grabe dem verstorbenen Mitarbeiter und Kollegen einen warmen Nachruf. Er rühmte die treue Fürsorge des Verstorbenen für seine Angehörigen, seine mühsame Betätigung als Angehöriger des Kaufmannstandes und insbesondere seine rastlose Tätigkeit im Interesse seiner von ihm heiß geliebten Vaterstadt. Seine reiche Erfindung und seine außerordentliche Kenntnis der Limburger Verhältnisse setzten ihn als Sohn einer Allimburger Familie in den Stand, die Arbeiten des Magistrats aufs Beste zu fördern und zum Segen seiner Vaterstadt zu wirken. Am Namen des Magistrats der Stadt Limburg legte Redner eine prächtige Kranzkränze am Grabe nieder. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Herr A. Korfhaus widmete im Namen des Stadtverordnetenkollegiums dem Entschlafenen einen Abschiedsgruß. Namens der Limburger Vereinsdruckerei und des Kassauer Votens legte Herr Direktor Becker eine Kranzkränze am Grabe nieder. Herr Oberstadtpfarrer Benz gedachte im Auftrage der hiesigen Beamten unter Widmung eines Kranzes in Dankbarkeit des Verstorbenen. Eine reiche Fülle von Blumenkränzen von Freunden, dem Entschlafenen als letzter Gruß spendet, häufte sich noch am Grabe des Verstorbenen, der mit Recht zu den angeesehensten Bürgern unserer Stadt zählte, und welcher mit einer seltenen Anhänglichkeit und Liebe eine vorbildliche Tätigkeit für seine Vaterstadt verband. Er ruhe in Gottes heiligem Frieden!

= Windthorstbund. Heute Abend um 9 Uhr wird im kathol. Gesellenhause die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Windthorstbundes abgehalten werden. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.

= Werkmeister-Verband. Der Bezirksverein Weiburg des deutschen Werkmeister-Verbandes, dem auch in Limburg und n. d. er. Umgebung eine Anzahl Mitglieder angehören, hält am Sonntag 18. Januar, nachm. 2¼ Uhr im Restaurant Stahlsberg („Zum Girib“) eine Bezirks- und Werkmeisterversammlung ab, zu der auch Nichtmitglieder willkommen sind.

= Die Erklärung zum Wehrbeitrag. Wie der preuss. Finanzminister Dr. v. L. e. n. k. e. in der Mittwochs-Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte, hat sich die preuss. Regierung mit Rücksicht auf die besonders aus Handels- und Gewerbekreisen einlaufenden Bitten entschlossen, die Frist für die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. Nur in Ausnahmefällen soll eine weitere Hinausschiebung des Termins bewilligt werden. Das gilt besonders für diejenigen selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, die ihrer Steuererklärung das Ergebnis des Geschäftsjahres 1913 zugrunde legen.

= Allgem. Driskantenkass. Die für die hiesige Kasse tätigen Ärzte haben auf eine Anweisung hin die Behandlung der Kassenmitglieder zu den alten Vertragsbedingungen wieder aufgenommen. Die alten Bedingungen gelten bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrages, welcher voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche abgeschlossen wird. Der neue Vertrag erhält rückwirkende Kraft vom 1. Januar d. N. ab.

= Die Krankenkasse des Verbandes der kathol. Kaufm. Vereinigungen Deutschlands, die hier eine örtliche Verwaltung unter dem Vorstehe des Herrn Kaufmann Jos. Kreyppig, Salzgasse, eingerichtet hat, ist als Erfolgskasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch das Reichsversicherungs-

